



Dieser Artikel wurde ausgedruckt unter der Adresse:

<http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Hamburger-Appell-befuerchtet-Spaltung-der-Stadt,fluechtlinge6220.html>

MEHR ZUM THEMA

Flüchtlinge

MEHR AUS HAMBURG



Flüchtlingsgipfel wendet Volksentscheid

wohl ab

Immobilienpreise steigen immer schneller

Hafencity: Zu viel Schlick für "Queen Mary 2"

German Open: Frühes Aus für Mayer

Polizei: Undercover-Einsatz war rechtswidrig

Hamburg Übersicht

Stand: 06.07.2016 15:58 Uhr - Lesezeit: ca.3 Min.

"Hamburger Appell" befürchtet Spaltung der Stadt



Die Zahl der Flüchtlinge in Hamburg ist weiter gesunken. Im Juni wurden 808 Menschen registriert. (Archivfoto)

Wenige Tage vor Ende der Verhandlungsfrist hat ein Bündnis aus Kirchen, Gewerkschaften und Verbänden die Initiative gegen große Flüchtlingsheime und die Politik zur Einigung aufgerufen. "Als ehren- und

hauptamtlich Aktive und Verantwortliche in Hamburgs Zivilgesellschaft, in Verbänden, Institutionen und Organisationen sind wir in großer Sorge vor einem Scheitern dieser Verhandlungen", heißt es in dem am Mittwoch von 15 gesellschaftlich relevanten Gruppen unterzeichneten "Hamburger Appell". Zu den Unterzeichnern gehören die evangelische und katholische Kirche, Diakonie, Caritas, die islamische Vertretung [Schura](#), Gewerkschaften wie ver.di, IG Bergbau, Chemie, Energie und IG Metall sowie der Hamburger Sportbund.

"Es droht eine Spaltung der Stadt"

Sie alle eine die Sorge, dass es bei einem Scheitern der Gespräche bis zum 11. Juli und dem dann folgenden Volksentscheid in der Frage zu einer Spaltung der Stadt kommen werde, ob man für oder gegen Flüchtlinge sei.

"Darum erwarten wir jetzt von den Verantwortlichen einen demokratischen Kompromiss", sagte Landespastor Dirk

Ahrens. Denn nicht nur ein Volksentscheid zu Flüchtlingsunterkünften an sich, sondern schon der Weg dorthin wäre für die Stadt und die Integration der Schutzsuchenden nicht gut. Es droht Vereinfachung, Emotionalisierung und Radikalisierung.

Ein Volksentscheid wäre der falsche Weg, um die Frage der Flüchtlingsunterbringung zu entscheiden, sagte auch Berthold Bose von ver.di. Er befürchtet eine Radikalisierung in der Debatte. "Die Sorge besteht darin, dass nachher übrig bleibt: "Will ich Flüchtlinge haben, oder will ich sie nicht?" Abgesehen davon käme der Volksentscheid ohnehin zu spät, denn die Geflüchteten bräuchten schnell Klarheit und müssten raus aus den Baumärkten.

Lösung vor der Sommerpause angedacht

Den Regeln der Volksgesetzgebung zufolge muss die Hamburgische Bürgerschaft bis zum 30. August entscheiden, wie sie mit den Forderungen der Volksinitiative gegen große Flüchtlingsheime umgeht. Politik und Initiative wollen sich aber noch vor der letzten Sitzung vor den Ferien am 13. und 14. Juli einigen. Die Initiative fordert unter anderem, dass in einem Flüchtlingsheim nicht mehr als 300 Menschen leben dürfen und Unterkünfte mit mehr als 100 Bewohnern mindestens einen Kilometer voneinander entfernt sein müssen.

Zuletzt war die Stadt optimistisch gewesen, den Volksentscheid abwenden zu können. Mit mehr als einem Dutzend "Bürgerverträgen" wollte man auf den Dachverband der Bürgerinitiativen zugehen, die kleine Unterkünfte für Flüchtlinge fordert, welche großzügig über die Stadt verteilt werden sollten.

Flüchtlingszahlen weiter geschrumpft

Unterdessen ist die Zahl der neu in Hamburg angekommenen Geflüchteten weiter gesunken. Im Juni wurden 808 Menschen registriert. Zuletzt kamen laut Einwohner-Zentralamt im Dezember 2014 mit 840 ähnlich wenige Schutzsuchende neu in der Stadt an.